

# Sie werden initiativ. Wie?

## Zur Organisation von Bürgerinitiativen.

von Willi H. Butz



Im Oktober 1973 diskutierten in Stuttgart<sup>1</sup> 21 Psychologen, Soziologen, Verwaltungsangestellte, Sozialarbeiter, Journalisten, Mitglieder von Ratsgremien und Bürgerinitiativen über »Bürgerinitiativen«. 18 hatte das Praxis-, 20 das Theorieinteresse nach Stuttgart getrieben. Neun gehörten einer politischen Partei an, fünf davon glaubten, ihre Partei vertrete ihre Bedürfnisse nur unzulänglich. In diesem Kreis spielte man, nachdem sich die Mitglieder etwa eine Stunde lang kennengelernt hatten, ein Soziodrama<sup>2</sup>: Bürgerinitiative fordert von Stadtverwaltung Bau eines Spielplatzes.

Es gab keinen Text und keinen Regisseur, lediglich vier Darsteller: Bürgermeister und Kämmerer auf der einen, zwei Sprecher der Bürgerinitiative auf der anderen Seite. Ergebnis des Rollenspiels: Die »Beamten« wimmelten das Begehren der Bürger erfolgreich ab. Ihre Argumentation war bekannt, wir erfahren sie täglich auf allen nur möglichen Gebieten. Gewiß, auch der Bürgermeister ist für den Spielplatz, aber im laufenden Haushaltsjahr ist – leider – nichts mehr zu machen und im nächsten müsse man sehen... Auftrag an den Kämmerer... Aufforderung, sich mit dem berechtigten Anliegen im nächsten Jahr nochmals – rechtzeitig – zu melden. Basta! Und niemand aus dem Auditorium widersprach dieser Rollensicht der Verwaltung. Wir sehen: Andere Strategie, Taktik und Mittel sind notwendig, die Bürokratie in die demokratischen Knie zu zwingen. Versuchen wir zu klären, warum sich die Institution Bürokratie (Behörden, Ratsversammlungen, Parlamente) so verhält, wie sie sich verhält: bürokratisch.

Die Auseinandersetzung zwischen Bürgerinitiative und Behörde ist ein sozialer Rollenvollzug. Die Rolle, die der Beamte dabei spielt, ist Ergebnis gesellschaftlicher und geschichtlicher Entwicklung, die den gesamten Apparat geprägt hat und noch immer prägt. Diese Rolle erlaubt es dem Beamten, sich in den Schutz des

Apparates zurückzuziehen; er braucht sich nicht ständig neu wechselnden Tagesforderungen anzupassen. Sein Verhalten wird zur Routine. In der Praxis der Bürgerinitiativen sieht das so aus: »Ein Trick der Behörden ist es, Probleme eine Ebene weiter nach oben zu verlagern – zur Regierung oder noch besser in die Gesetzgebung, und damit ihre eigene Entscheidung als Sachzwang oder höhere Gewalt zu deklarieren, um die Verantwortung abzuschieben.«<sup>3</sup>

In dem Maße nun, in dem sich der Behördenapparat in seiner eigenen Routine verfängt, nicht mehr kontrollierbar ist, verselbständigt er sich. »Die Annahme, bei der Staatsbürokratie handle es sich um eine neutrale Agentur, die eine letztlich vom Willen des Volkes bestimmte Politik ausführe, ist eindeutig unhaltbar.«<sup>4</sup>

Dieses Urteil fällen – analysiert man ihre Schriften – mehr oder weniger alle Bürgerinitiativen. Sie sprechen von den üblichen Fehlplanungen. »Im Märkischen Viertel sind die Behörden vor allem an Beruhigung der Situation interessiert und antworten auf jede Politisierung der Bürgerinitiativen mit einem Fächer von Maßnahmen, die der Beschwichtigung dienen.«<sup>5</sup>

Max Weber, der Ideologie wohl unverdächtig: »Stets ist die Machtstellung der vollentwickelten Bürokratie eine sehr große, unter normalen Umständen eine überragende. Einerlei, ob der ›Herr‹, dem sie dient, ein mit der Waffe der ›Gesetzesinitiative‹, des ›Referendums‹ und der Beamtenabsetzung ausgerüstetes ›Volk‹, ein mit dem Recht oder der faktischen Maßgeblichkeit des ›Mißtrauensvotums‹ ausgerüstetes, auf mehr aristokratischer oder mehr ›demokratischer‹ Basis gewähltes Parlament oder ein . . . vom Volk gewählter Präsident . . ., stets befindet er sich den im Betrieb der Verwaltung stehenden geschulten Beamten gegenüber in der Lage des ›Dilettanten‹ gegenüber dem ›Fachmann‹. Dieser Überlegenheit des berufsmäßig Wissenden sucht jede Bürokratie noch durch das Mittel der Geheimhaltung<sup>6</sup> ihrer Kenntnisse

und Absichten zu steigern. Bürokratische Verwaltung ist ihrer Tendenz nach stets Verwaltung unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Bürokratie verbirgt ihr Wissen und Tun, soweit sie irgend kann . . . Der Begriff des ›Amtsgeheimnisses‹ ist ihre spezifische Erfindung.«<sup>7</sup>

Ein Praktiker (und Theoretiker) der Bürgerinitiativen, Dr. Roland Günter, 37, Bonn, Kunsthistoriker und Hochschuldozent, argumentiert aus Erfahrung ähnlich: »Der Fachmann wird häufig vorgeschoben als einer, der die Bedürfnisse der Bevölkerung am besten kenne, habe er sie doch als Fach studiert. Die Bedürfnisse von Menschen verschiedener Schichten lassen sich jedoch nicht an der Hochschule erfahren, sondern nur von ihnen selbst und im wesentlichen erst in der jeweiligen Situation.«<sup>8</sup>

Dieser Satz führt mitten hinein in die Problematik der Wechselwirkung zwischen Behörde und Bürgeraktion, in die Frage, welche Struktur eine Initiative haben sollte, um mit Aussicht auf Erfolg in den Kampf gehen zu können.

Die Situation ist da. Sie hören, daß der Stadt der Kahlschlag droht, weil noch immer ein Planer dem Phantom »automobilgerechte Stadt« nachjagt. Ihre Reizschwelle wird überspült. Jetzt reicht's. Sie werden initiativ. Wie?

Roland Günter, Mitinitiator so erfolgreicher Initiativen wie »Stadtentwicklungsforum Bonn«, »Südstadt Bonn«, »Arbeitersiedlung Eisenheim«<sup>9</sup> rät als Auftakt zu einer klärenden Diskussion mit Freunden: »... 'ne Menge drüber reden und gucken. Wenn Sie dann den Kopf voller Ideen haben, dann wenden Sie sich am besten an Ihre Freunde, denn mit denen dürften Sie ja in den vergangenen Jahren alle zwischen Ihnen stehenden Konflikte ausgetragen haben. Das Vorhaben ist schwierig genug. Machen Sie sich daher nicht selbst Schwierigkeiten. Wichtig: Die Gesprächspartner brauchen keine Genies zu sein. Aber sie sollten Engagement zeigen und Ihres Sinnes sein.«

Die Vorüberlegungen im Freundeskreis sind

a) »Vorausgesetzt, da ist eine stabile Kerngruppe, die gemeinsam ein – begrenztes – Ziel verfolgt, vorausgesetzt, die Mitglieder der Kerngruppe verfügen über hinreichende Informationen zu den psychologischen, sozialen und politischen Implikationen des von ihnen aufgegriffenen Problems, vorausgesetzt, die Sache, um die es geht, ist für einen großen Personenkreis nicht nur relevant, sondern auch praktisch einsichtig, vorausgesetzt, Phantasie, Artikulationsver-

abgeschlossen. Sie sind entschlossen, zusammen mit drei Freunden (Kerngruppe) tatsächlich was zu tun. Seien Sie sich zu Beginn dann über (a) im klaren.

Solange Sie nur zu viert sind, treffen Sie sich am besten zu Hause. Die Szenerie ist anregender, ruhiger, übersichtlicher, Sie werden nicht abgelenkt. Aufgabe der Kerngruppe ist es nun, ein zweites Treffen in größerer Runde vorzubereiten (b).

Zwar können Sie auch mit vier Mann die Stadtverwaltung in ihre Schranken verweisen, aber je kleiner die Gruppe, desto geringer die politische Breitenwirkung, desto größer die Gefahr, ins schiere Happening abzugleiten (c, d).

Sie verbreitern die Basis. Jeder bringt noch ein paar Gesinnungsgenossen mit (wichtig: gleiche Wellenlänge). Sie operieren bis jetzt noch immer im weiteren Bekanntenkreis. Presseöffentlichkeit wird noch nicht hergestellt. Gewiß, es gibt Initiativen, die überhaupt erst mit einer Pressenotiz begonnen haben, aber es ist besser, anfangs organisatorische, strategische und taktische Fragen in noch überschaubarer Runde zu klären. Diskutieren Sie jetzt das Problem zum zweitenmal. Übernehmen Sie die Gesprächsleitung, moderieren Sie! Jeder soll sich vorstellen, sagen was er macht, wo er wohnt, warum er mitmachen will. Halten Sie die Atmosphäre locker (e). Eine solche Vorstellung bietet schon erste Anhaltspunkte für eine spätere Aufteilung der Arbeit (Druck, Kontakte, Recherchen, Telefonate, Dokumentation). Tragen Sie nochmals vor, warum Sie initiativ werden wollen. Was ist schlechte Planung am Kahlschlag der Stadt? Diskutieren Sie, was man machen kann, den Kahlschlag zu verhindern (Brainstorming).

Welche Aktionen sind realistisch und erfolgversprechend? Wo beginnt die Utopie? Welche Steigerungen sind möglich? Welche Strategie ist erforderlich? Es empfiehlt sich z. B. nicht, zu Beginn gleich den Oberbürgermeister in die

mögen und Organisationstalent sind vorhanden: dann mag auch in dieser mit Blindheit und Indolenz geschlagenen Gesellschaft ein wenig, ein wenig verändert werden können. Ein verrückter Optimismus gehört auch dazu; wer den nicht hat, wird bald müde.«<sup>10</sup>

b) »Informationen, Aufrufe und Flugblätter reichen als Anreiz für die Mitarbeit in Aktionsgruppen nicht aus. Eine Analyse mehrerer Bürgerinitiativen ergab, daß ihre aktiven Kerne in der Regel von menschlichen Beziehungen getragen werden, die schon vor der unmittelbaren Aufgabe bestanden. Ihre Motivierungen waren gemeinsame Interessen, verstärkt durch affektive Momente (Sympathie u. a.).«<sup>11</sup>

c) »Bürgerinitiativen gewinnen ihre Mitglieder in der Regel nur durch persönliche Gespräche. Vor allem bei den zuziehenden Intellektuellen haben Aktionsgruppen relativ gute Chancen.«<sup>12</sup>

d) »Bürgerinitiativen brauchen Personen, über die sich die Bevölkerung mit der Aktion identifizieren kann. Das war z. B. im Münchner Lehel ein Lehrer in mittlerem Alter.«<sup>13</sup>

e) »Die Moderatoren müssen dafür sorgen, daß die in der Regel vorhandene spannungsreiche Bandbreite in der . . . Gruppe fruchtbar genutzt wird. Puristische Maßstäbe bedeuten in der Regel das Ende von Bürgerinitiativen.«<sup>14</sup>

f) »Wozu Menschen nicht wirklich motiviert sind, das erfüllen sie selbst dann nicht, wenn sie es unterschrieben

Pfanne zu hauen. Oft ist es besser, den Sack zu schlagen, wenn man den Esel meint. Sie müssen jetzt schon eine Dramaturgie für die nächsten Monate entwerfen; mitten in den Aktionen ist es dafür meistens zu spät. Allerdings muß Ihr Strategiekonzept veränderbar sein, wenn es die Praxis fordert. Manches Mitglied der Initiative macht einen Lernprozeß mit, wird entschiedener und radikaler. Andere resignieren vielleicht, wenn kurzfristig keine Erfolge zu erzielen sind. Bevor aber diese Fragen alle – vorläufig – entschieden sind, taucht (da wir ja in Deutschland sind) die Frage auf, welchen juristischen Rahmen sich die Initiative geben soll. Wir haben uns darüber mit Rainer Enzweiler, einem Rechtsreferendar aus Duisburg-Hamborn, unterhalten. Seinen Überlegungen stellen wir die Praxisberichte von Bürgerinitiativen gegenüber (f, g, h, i).

### Rechtsformen für Bürgerinitiativen im Rahmen des geltenden Rechts

Rainer Enzweiler: »In Betracht kommen zunächst der rechtsfähige und der nicht rechtsfähige Verein. Der allgemeine Sprachgebrauch bezeichnet sie auch als eingetragenen (e. V.) und nicht eingetragenen Verein. Die Rechtsform eines Vereins empfiehlt sich immer dann, wenn mit einer größeren, aber wechselnden Zahl aktiver Bürger gerechnet werden kann. Besteht eine Bürgerinitiative dagegen nur aus einer kleinen Gruppe, die nicht nennenswert erweitert werden soll, so kann man an die Gründung einer sogenannten BGB-Gesellschaft (§ 705 Bürgerliches Gesetzbuch) denken. Voraussetzung sollte jedoch ein gutes persönliches Verhältnis der Beteiligten untereinander sein, da jeder Gesellschafter für Schulden, die im Namen der Gesellschaft gemacht worden sind, persönlich einstehen muß. Falls ein Gesellschafter nicht zahlungsfähig ist, haben die übrigen Gesellschafter

haben . . . Erfolgreiche Bürgerinitiativen haben in der Regel auf juristische Fixierungen verzichtet. Sie waren dadurch in der Lage, ihre Energie im wesentlichen nach außen zu richten. Jede Verwaltung kann mühelos die Mitgliederzahlen eines Vereins in Erfahrung bringen und etwa darauf verweisen, die Bürgerinitiative habe doch nur 70 Leute . . . Daß es ohne Verein geht, zeigt das »Stadtentwicklungsforum Bonn«, das seit dem Frühjahr 1969 existiert. Es hat keine Satzung, keine Vorsitzenden, keine Kompetenzen. Sprecher der informellen Gruppe ist jeweils, wer es nach Sache und Rolle nützlich findet – nach Rückkopplung mit der Gruppe.«<sup>15</sup>

g) » . . . fällt auf, daß fast jede Initiativgruppe zunächst einen eigenen eingetragenen Verein gründete und gar mehrfach umgründete. Verfassungen und Geschäftsordnungen für die Vereinsvorstände bewirkten eine Formalisierung der Aktivität, die Eltern mit einer gewissen bürokratischen Erfahrung begünstigte, aber Arbeiter ohne die berufliche Formalbildung fernhalten konnte.«<sup>16</sup>

h) »Die Übernahme juristischer Formen, die in der Regel gesellschaftspolitisch rückwärts orientiert sind, und herkömmliche Verhaltensmuster sowie der Mangel an Reflexion darüber sind oft genug Grund dafür, daß Bürgerinitiativen intern scheitern. Sie brauchen vielmehr eine Fülle von neuen Verhaltensweisen: Das beginnt

den Ausfall im Verhältnis zu tragen. Selbst wenn jemand aus der Gesellschaft wieder ausscheiden möchte, muß er für die Gesellschaftsschulden anteilig aufkommen.«

Wenn vier Freunde je eine Mark zusammen beim Lotto-Spiel einsetzen, dann haben sie automatisch schon eine BGB-Gesellschaft gegründet.

## Vor- und Nachteile eines rechtsfähigen Vereins

Rainer Enzweiler: »Die Eintragung in das Vereinsregister, durch die ein Verein die Rechtsfähigkeit erlangt, erfordert Förmlichkeiten: Ausarbeitung einer Satzung, Bestellung des Vorstandes, Anmeldung mittels öffentlich beglaubigter Erklärungen etc. Abgesehen davon ist im Gründungsstadium einer Bürgerinitiative meist noch ungewiß, ob die Begeisterung für eine bestimmte Sache weiter anhält und welche Ziele man auf längere Sicht verfolgen will. Bleibt man länger zusammen, so sprechen in der Tat eine ganze Reihe von Vorteilen für die Umwandlung der bisher nicht rechtsfähigen Bürgerinitiative in einen rechtsfähigen Verein. Der wesentliche Unterschied zwischen rechtsfähigem und nicht rechtsfähigem Verein besteht darin, daß der rechtsfähige Verein im rechtlichen Sinne eine selbständige Person darstellt. Man spricht von der sogenannten juristischen Person. Der nicht rechtsfähige Verein dagegen hat keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern er existiert nur durch die Gesamtheit seiner Mitglieder. Man spricht von der Gesamthandsgemeinschaft. Diese Unterscheidung hat bedeutende rechtliche Folgen. So müssen die Mitglieder eines nicht rechtsfähigen Vereins für unerlaubte Handlungen, die vom Vorstand oder sonstigen Organen des Vereins begangen werden, haften, wenn sie bei der Auswahl der bestellten Personen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt nicht beachtet haben

mit der Selbstkontrolle im emotionalen Bereich und der Selbstmotivierung und führt zur Anerkennung unterschiedlicher Rollen, der ständigen Rückkopplung mit der Gruppe bis hin zur Rollenrotation – um nur einiges zu nennen.«<sup>17</sup>

i) »Einigen in der Interessengemeinschaft organisierten Obdachlosen waren solche Aktionen (Obdachlosenkinder besetzten ein ›Amt für die Beseitigung von Wohnungsnotständen‹, die Red.) zu direkt, zu militant und vor allem zu politisierend. Sie trennten sich von der Bürgerinitiative ›Interessengemeinschaft Obdachlosigkeit‹, gründeten den Konkurrenzverein ›Interessengemeinschaft Obdachlosigkeit e. V.‹ und ließen sich vom städtischen Liegenschaftsamt ein Büro mieten, sowie mit Schreibtisch, Telefon und Stempel ausstatten. Die behördlich genehmigte Pseudointeressenvertretung durfte ein paar Dutzend Wohnungen vermitteln, bei Bewohnerversammlungen vor der anderen Initiative warnen und im Sinne moderner reaktionärer Sozialarbeit einen Teil des Elends selbst verwalten.«<sup>18</sup>

(§ 831 BGB). Wer im Namen des nicht rechtsfähigen Vereins ein Rechtsgeschäft einem Dritten gegenüber vornimmt, haftet persönlich (§ 54 Satz 2 BGB). Das bedeutet, daß beispielsweise ein Vereinsmitglied, das den Druck von Flugblättern in Auftrag gibt, die Flugblätter selbst in voller Höhe bezahlen muß, falls der Drucker aus irgendwelchen Gründen sein Geld nicht vom Verein erhält. Anders dagegen verhält es sich beim rechtsfähigen Verein. Hier haftet der Verein als juristische Person, das heißt das Vereinsvermögen. Die persönliche Haftung der Mitglieder ist auf das Vereinsvermögen beschränkt.«

Die juristischen Fragen sind geklärt, jetzt braucht die Firma einen Namen (j).

Die Entscheidung ist gefallen. Die Initiative heißt »Anti-Kahlschlag-Forum«. Sie bereiten die nächsten Aktionen vor und berücksichtigen dabei folgende Erfahrungen: Keine Hierarchiebildung mit Pöstchenreiterei, sondern gleichberechtigter Kreis; wenig Formalisierung; Führung durch Arbeit und Anwesenheit; wer arbeiten will, soll auch die Aufgabe bekommen, muß aber Versprochenes halten; Abstimmungen vermeiden, innere Kompromißbereitschaft, subtile Rückkoppelung, nichts unternehmen ohne den Rat von zwei weiteren Personen; Vertrauen: es brauchen nicht immer alle gefragt zu werden, wenn schnell gehandelt werden muß. Die Stärke der Bürgerinitiative liegt darin, daß sie unkonventionell handelt und auftritt: schnelle Straßenaktionen, Medieneinsatz, sich nicht an bürokratische Spielregeln (k) halten, unsoziale Regeln mit gezielt kalkuliertem Risiko auch übertreten. Aber: kein individuelles Heldentum, kein persönlicher Amoklauf, keine Gewalt, keine Gefährdung von Helfern oder Unbeteiligten.

Der nächste Schritt führt direkt in die Öffentlichkeit. Sie laden zu einer Pressekonferenz (l, m) ein. Sie geben klar zu erkennen, daß Sie noch mehr Bürger auffordern, der Initiative beizutreten. Machen Sie sich aber keine Illusionen.

j) »Der Name muß schön plakativ sein. Das ist das wichtigste bei der Institution und nicht die Institution selbst. Dadurch kriegt die Sache nach außen Gewicht. Leider sind die Leute in den Verwaltungen ja so doof, die fallen ja nur auf Imponiergehabe herein.«<sup>18</sup>

k) »Wer Bürgerinitiative schafft und sich auf die ›gewählten Volksvertreter‹ verläßt, macht Bürgerinitiative zum Instrument der Herrschenden, auf dem sie nach Lust und Laune ihr Liedlein spielen. Wer das erkennt, und sich nicht verschaukeln lassen will, muß eine schlagkräftige Initiative ergreifen, die – im ganzen Land den gewählten Volksvertretern den Boden unter den Füßen heiß macht...«<sup>20</sup>

Breite Bevölkerungsschichten einer Stadt können unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nicht – oder zumindest nicht offen – in Bürgerinitiativen mitwirken (n).

Sie stellen sich und Ihre Forderungen vor. Da die Presse ein heikles Instrument ist, sollten sie folgendes beachten:

Laden Sie am Anfang die Presse-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen (nicht einzelne Journalisten, die Sie vielleicht schon kennen, mancher Redaktionschef reagiert empfindlich, wenn er übergangen wird) rechtzeitig schriftlich ein. Suchen Sie erst später auch näheren Kontakt zu einzelnen Journalisten; laden Sie diese dann gezielt ein. Nicht anbieten. Benennen Sie den Journalisten Namen von aktiven Leuten aus der Initiative, die in Zukunft Auskunft geben können. Erwarten Sie nicht allzuviel Verständnis und Entgegenkommen. Rechnen Sie auch mit Anti-Berichterstattung. Berücksichtigen Sie diese Zeitung zukünftig dennoch. Oft wollen Journalisten ganz anders, als sie bei ihrem Blatt können. Drohen Sie mit wirtschaftlichen Sanktionen nur bei nachweisbar groben Verstößen gegen die journalistischen Pflichten (bei großen Zeitungen wahrscheinlich zwecklos; bei kleineren die Konkurrenzsituation am Ort beachten). Und mancher Journalist muß noch kräftig an sich arbeiten, ehe er den Bewußtseinsstand erreicht, den Sie natürlich schon haben. Sie, Ihre Argumente, Ihre Aktionen helfen ihm dabei. Machen Sie einen Presse-Spiegel. Auch Journalisten sind eitel. Und dabei haben sie immer mit dem psychischen Problem zu kämpfen, das schon Bismarck deutlich sah: Sie sind wie Spatzen, die in der Furche hinter dem Pflug herhüpfen und in den Äpfeln, die das Pflugpferd fallen läßt, nach Hafer picken.

Bieten Sie alles, was Sie mündlich verkünden, auch in schriftlicher Form an. Journalisten sind nicht fauler und nicht fleißiger als andere Leute, aber auch sie freuen sich, wenn man ihnen die Arbeit leicht macht. Verfassen Sie Ihre Erklä-

1) »In einzelnen Fällen, nämlich dann, wenn Presse oder Fernsehen darüber Öffentlichkeit herstellen wollten, reagierten die Schulbehörden überraschend schnell und unbürokratisch . . . «<sup>22</sup>

m) »Derartig durch die Massenmedien unter Druck gesetzt, die alle recht wohlwollend . . . berichtet hatten, versprach der Bürgermeister . . . Räume in einem leerstehenden Haus zur Verfügung zu stellen.«<sup>23</sup>

n) »Bei Untersuchungen der Frage, welche Schichten zur Zeit am ehesten für Bürgerinitiativen ansprechbar sind, zeigte sich, daß einstweilen die Leute am ehesten zum Handeln bereit sind, die in irgendeinem Rahmen erfahren haben, daß Veränderungen überhaupt möglich sind. In auswegloser Lage scheint die Handlungsfähigkeit gelähmt zu sein. So ist es zu verstehen, daß die unmittelbar Betroffenen Fehlplanungen widerspruchslos hinnehmen. Die Misere selbst regt noch keineswegs zum Handeln an. Eine Voraussetzung zur Aktion ist das – wenigstens näherungsweise – Bewußtwerden der Situation . . . Es wird verständlich, daß Bürgerinitiativen bisher meist von intellektuellen Lohnabhängigen getragen werden. Diese Lohnabhängigkeit ist es, die die Zahl der initiativen Bürger begrenzt: »In einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die auf Gewinn oder enge, vorgegebene Erfolgsmaximierungen ausgerichtet ist, sind die Abhängigkeiten und Pressionsmöglichkeiten sehr umfangreich – nicht nur die realen, sondern auch viele, die

rungen und Texte so, daß sie der Bürger versteht. Der Soziologie-Student im dritten Semester hat ohnehin eher theoretisches als praktisches Interesse an Ihnen (siehe dazu auch (o)). Formulieren Sie einprägsam (Hilfe von Journalisten und Textern). Oft übernehmen die Reporter schlagkräftige Worte (Amt für Stadtplanung/Amt für Stadtzerstörung). Denken Sie immer daran, dies gilt vor allem für Bürgerinitiativen, die sich gegen Kapitalinteressen (Kulturzentrum statt Kaufhaus) wenden: Das Kapital bezahlt mit seinen Anzeigen etwa zwei Drittel der Kosten einer Zeitung. Die Abonnenten nur ein Drittel.

Nach der Pressekonferenz geht's erst richtig los. Jetzt liegt der Fehdehandschuh im Ring. Zumal Sie nicht höflich als Untertan um etwas gebeten haben, sondern gefordert. Fordern Sie prinzipiell immer! Bitten hilft nämlich nichts, gar nichts. Hülfe es, bräuchte man keine Bürgerinitiativen. Hauen Sie hart auf den Tisch, laut und vernehmlich. Der Einwand – »wir verprellen uns die Gesprächspartner« – zieht nicht. Sie verprellen sich Ihre Gesprächspartner sowie so (p).

In dem Buch »Spielplatznot«<sup>26</sup> ist das treffend formuliert: Es wird aber auch Situationen geben, wo das Auftreten einer Initiativgruppe bei der zuständigen Stelle irrationale Ängste auslöst und eine Zusammenarbeit verhindert.

Denn Bürgerinitiativen bestreiten das Monopol der politischen Parteien, für Betroffene zu sprechen. Aber die Betroffenen sind die besten Experten für sich selbst. Zwar entscheiden die Parlamente (Behörden) was getan wird, nirgends aber steht geschrieben, daß sie die Weisheit alleine besäßen, daß man ihnen nicht kräftig einheizen dürfe. Die Betroffenen haben auch das Grundrecht auf freie Entfaltung auf ihrer Seite.

Wir können diese Auseinandersetzung, die jetzt vielleicht beginnt, als einen Kampf um den Anspruch, im Besitze der Legitimität zu sein, ansehen. Führen Sie den Kampf politisch, nicht

nur in der Vorstellung existieren, aber die Ängste des Untertanen ständig mobilisieren.«<sup>21</sup>

o) »Schon zu diesem Zeitpunkt zeigte es sich, daß die die Kerngruppe bildenden politisch links orientierten Eltern die Last der organisatorischen Arbeit scheuten und sich auf ein mehr oder weniger ambivalentes Interesse am strategischen Konzept zurückzogen.«<sup>24</sup>

p) »Eine Aktionsgruppe kann sich taktische Experimente leisten. Sie darf sich unter keinen Umständen in die üblichen Zwänge einpassen lassen, die auf dem Weg über Stilformen die Inhalte beschränken. Jede Verwaltung darf die Unberechenbarkeit der Bürgerinitiativen ruhig fürchten.«<sup>25</sup>

»Die Bonner Bürgerinitiativen operieren gegen die Apparate der Behörden mit einer Art Guerrillataktik. Statt ihre Gruppen zu vergrößern, versuchen sie, neue, selbständige zu gründen . . . Die Wirkung von Bürgeraktionen beruht im wesentlichen auf lang andauerndem psychologischem Druck auf die Entscheidungsträger.«<sup>27</sup>

»Eine Gruppe, die sich nicht zu organisieren versteht, ist gesellschaftlich nicht vorhanden.«<sup>29</sup>

»Der Bestand einer Demo-

juristisch. Wenn man Demokratie ernst nimmt, wehren sich Honoratioren-Demokraten immer. Und was die Behörden und ihre Hierarchie betrifft: Setzen Sie den Spezialisten die Generalisten (q) gegenüber. Die Lebensverhältnisse sind zu komplex, um sie den Spezialisten überlassen zu können. Dennoch: Siehe (r). Denn Analysen und Gutachten der Bürokratie müssen durchleuchtet, eventuell Gegengutachten erstellt werden. Angriffspunkte sind z. B.: schlechte Datenbasis, falsche Ansätze bei der Datenerhebung infolge mangelhafter qualitativer Problemerkennung, methodische Unzulänglichkeiten, isolierte Problemsicht, Mangel an Komplexität, spekulative Thesen, lineare Hochrechnungen (anstelle von exponentiellen), Scheinalternativen und logische Fehler (s), Beschreibungen von historischen d. h. veränderbaren Tatbeständen als unveränderbarer Norm, fehlende dialektische Analyse, vorgeschobene Risiken, die einen geringen Wahrscheinlichkeitsgrad haben, selbstgebastelte Sachzwänge.

Formal spielt sich die Auseinandersetzung jetzt zunächst in den Medien – Presse, Funk, Fernsehen – ab: Leserbriefe, Erklärungen, Gegenerklärungen, Solidaritätsadressen, Androhung von Konsequenzen, Gegendrohung mit Demonstrationen und Aktionen (t).

Sie müssen gewappnet sein:

Organisatorisch: Wer hält Kontakt zu (z. B.)

Architekten,

Arbeitern,

Grafikern,

Druckern,

Initiativen im Nachbardorf,

Behörden.

Wer hat viel Zeit (Rentner),

wer hat weniger Zeit?

Wer kann wen wo agitieren? Z. B.:

Bekannten- und Verwandtenkreis,

Kundenkreis,

am Arbeitsplatz,

Prominente,

kratie ist gebunden an die Fähigkeit zum Widerstand gegen die Herrschenden.«<sup>29</sup>

q) »Mit welcher Brutalität die Fernstraßenplaner ihre Schneise für die B 56 N/A 204 auf der Landkarte gleich durch drei Bonner Naherholungsgebiete gemalt haben, erfüllt den objektiven Betrachter mit Fassungslosigkeit und Grauen. Betroffen sind der Ennert, der Venusberg und die Hardthöhe/Witterschlick: Grünzonen, die nahezu die einzigen sind, die von einem Gutteil der Bonner noch zu Fuß zu erreichen sind. Der Plan der A 204 stellt daher eine ungeheure Provokation der Bonner Bürger dar. Planer dieser unmenschlichen Kategorie sind unverzüglich aus jeder verantwortlichen Position zu entfernen.«<sup>30</sup>

r) »Keine Bürgerinitiative kommt darum herum, sich Spezialkenntnisse anzueignen . . . aber sich nicht zu eigener Planung verleiten lassen, da Zeit und Mittel fehlen . . . Bürgerinitiativen haben ihren Platz in der Programmplanung.«<sup>31</sup>

s) »Ein Musterbeispiel für eine verfehltete Verkehrsplanung bietet das Vorhaben, in Bonn eine innerstädtische Nord-Süd-Schnellstraße (B 9) auszubauen: Denn, zwischen City Bonn, Godesberg und Mehlem wird zunächst versucht, durch den Stadtbahnbau Verkehrsnachfrage vom Individualverkehr für den öffentlichen Verkehr zurückzugewinnen. Alsdann wird jedoch durch eine neue Schnellstraße

in Vereinen und Verbänden,  
in Kirchengemeinden (stellen auch Ver-  
sammlungslokale zur Verfügung),  
in Kneipen.

#### Finanziell:

Sammlung bei den Mitgliedern. Möglichst bald eine Bürgerversammlung einberufen – um die Basis zu stärken, um die Kasse zu füllen. Lassen Sie den Hut herumgehen. Eine andere Möglichkeit: Beitragstaffelung nach Einkommen (bei Gruppen, die eine Trägerschaft übernehmen).

#### Wissensmäßig:

Die Literatur, die zum Thema vorhanden ist, muß aufgearbeitet werden. Veranstalten Sie Rollenspiele. Sie werden in Ihrer Argumentation sicherer, souveräner. Sie lernen die Argumente der Gegenseite (u) kennen und schon von vornherein mit in ihre Gesprächstaktik einzubeziehen. Sind die Argumente der Gegenseite richtig, reichen sie qualitativ in der Regel nicht aus, Ihre eigenen abzuschmettern.

Sie müssen das Ohr im und am Volk haben. Bürgerinitiativen sind dann besonders stark, wenn sie wirklich Volksinteressen vertreten.

Viele, nicht alle Wege führen nun nach Rom. Auf die erste Bürgerversammlung folgen weitere. Unbedingt darauf achten, daß immer Ergebnisse, Resolutionen, Forderungen produziert werden. Für deren Weiterverbreitung sorgen. Einzelne Persönlichkeiten herausgreifen, auf Versprechungen und Wahlprogramme hin abklopfen und mit in die Diskussion ziehen. Wenn sie vernebeln und abwiegeln, feststellen, daß sie vernebeln und abwiegeln. Ob Sie in Parteien gehen sollen, hängt von der Situation ab. Eindeutige politische Identifikation schränkt die Möglichkeiten, Verbündete zu gewinnen, ein. Verbündete sind jedoch notwendig – und sei es nur für ein begrenztes taktisches Zweckbündnis. Die Situation sollte sich jetzt mehr und mehr

mit erstklassigen Anschlüssen zu den Citybereichen der Attraktivitätsvorsprung des Individualverkehrs wieder hergestellt, so daß die teure U-Strab (Stadtbahn) im Zeitalter der Vollmotorisierung der Bevölkerung quasi als überflüssige Geisterbahn zwischen Bonn und Godesberg verkehren wird. Man finanziert folglich nicht nur das Milliardenprojekt der B 9, sondern zusätzlich die entsprechend höheren Defizite der Stadtbahn.«<sup>32</sup>

t) »Im Rahmen des politisch Möglichen darf keine Bürgerinitiative die Illusion hegen, daß eine einzelne Aktion viel Wirkung hat. Nur eine Bündelung vielfältiger Maßnahmen hat Aussicht auf Erfolg. Die Analyse gelungener Aktionen zeigt eine Art Mosaiktechnik. Über Teilerfolge an verschiedenen Stellen wurde die Entwicklung langsam in der Richtung verändert, in der der Gesamterfolg erst möglich wurde.«<sup>33</sup>

Der Katalog von Aktionsmöglichkeiten ist umfangreich. Sie brauchen Ihr Pulver nicht auf einmal zu verschießen. Oft genügt auch schon die Androhung von Aktionen. Die Stadt Frankfurt lieferte dafür ein Beispiel. Am 30. Juni 1970 forderte die Bürgerinitiative »Verändert die Schule – jetzt«: Wir erwarten eine definitive und veröffentlichte Antwort bis zum 1. September 1970. Gegebenenfalls wird die Elternschaft – wie am 4. 6. 70 in einer öffentlichen Versammlung beschlossen – Kampfmaßnahmen einleiten. Am 1. September stellt die Initia-

verdichten bis hin zu kurzfristig zu verwirklichenden Forderungen, bei deren Nichterfüllung automatisch Kampfmaßnahmen (go-ins, Selbsthilfe) durchgeführt werden. Dabei müssen Sie lernen, Fernziele strategisch in kleine machbare Schritte zu zerlegen – andernfalls bleiben Fernziele Träume, kommen statt Erfolgen Frustrationen. Lassen Sie sich von einem Rechtsanwalt beraten – aber nicht ins juristische Zwangskorsett (v) zwingen.

So haben viele Bonner Initiativen bis heute keine Demonstration je angemeldet. Die Strafverfügungen der Polizei schickten sie an den Oberstadtdirektor – und der ließ nie mehr etwas von sich hören, in Sachen Strafverfügungen. Die Kerngruppe muß sich auf gruppeninterne Auseinandersetzung gefaßt machen. Ihr wird Zurückhaltung empfohlen werden müssen (w).

Aber keine Zurückhaltung, keine Mäßigung bei der Verfolgung des Ziels der Initiative. Im Zweifelsfall müssen Sie mindestens bis zum nächsten Wahlkampf durchhalten. Das System ändert sich nur langsam und ruckweise, niemand gibt seine Privilegien freiwillig auf. Als Anregung für Ihre Aktionen und Demonstrationen hier eine Liste dessen, was Bürgerinitiativen schon alles als »Machtmittel Davids gegen Goliath« eingesetzt haben:

Schwarze Fahnen (Bonn); Fußgängerstaffetten auf Zebrastrifen gegen Durchgangsverkehr (Amsterdam); Hausbesetzungen (Amsterdam, Frankfurt); hektografierte Flugblätter; hektografierte Dokumentationen; Informationen an das Stadtparlament in die Postfächer im Rathaus; Ausstellungen (mit geringem Aufwand); mobile Ausstellung in Form eines Autos mit Dachgepäckträger, Stangen, Bettücher und Großfotos bzw. großgeschriebenen Plakaten (Bonn); Wandzeitungen – Siebdruck (Utrecht), Linoldruck – an Bauzäunen etc.; transportabler Informationskiosk; Hausbesuche (Frankfurt); Planungsberatung am Feierabend (Maryland); Pressekonferenzen; Pressemitteilungen; Leserbriefe; Unter-

tive fest: Das, was die Administration als undenkbar und unmöglich über Jahre hindurch hingestellt hatte, ist verwirklicht.

u) »Einige Bürgerinitiativen haben in ihr Informationsnetz mit Erfolg einen Teil der Beamten einbezogen, die sich auf Grund hierarchischer Strukturen im Hinblick auf Entwicklung und Kritik in ihren Ämtern nicht entfalten können. Dabei halten sie sich sehr streng an das Prinzip der Minimierung des Risikos: Der jeweilige Informant darf nur einer Person bekannt sein.«<sup>34</sup>

v) »Bürokratien können prinzipiell nur mit individuellen ›Repräsentanten‹ von Gruppeninteressen, die eine ›Verhandlungsvollmacht‹ vorweisen, fertig werden; alles andere überlassen sie der Polizei. Aber sobald sich Bürgerinitiativen auf die Formen der Auseinandersetzung beschränken, denen Bürokratien allein gewachsen sind, zerstören sie die Bedingungen ihres eigenen Erfolgs.«<sup>35</sup>

w) »Es kam zu Auseinandersetzungen über die zu wählenden Mittel, die Kerngruppe wurde als zu dominierend empfunden und daher bekämpft.«<sup>36</sup>

schriftensammlungen (nutzen isoliert nichts); Sichtbarmachen von Planungsfolgen auf einer großen Brandmauer an einer Verkehrsstraße (Bad Godesberg) gegen die geplante Bonner Stadtautobahn; Druck von Kindergeld mit Warnungen; Aufkleber auf Autos (Bonn), Laternen, Bauzäunen etc.; Sichtdemonstrationen mit Handtüchern (Märkisches Viertel, Berlin), Fahnen (B 9, Bonn), Transparenten (eingängige pointierende Slogans); Autokorso (Märkisches Viertel); Viertelzeitungen (Märkisches Viertel), Informationspferdewagen durch Neubauviertel (Märkisches Viertel); politisierte Kinderfeste (Märkisches Viertel); Erscheinen auf öffentlichen Veranstaltungen (Märkisches Viertel); Gegenausstellungen am Tag der Offenen Tür (Bonn); Protestlieder (VEBA-Aktion); Kataloge und Dokumentationen mit Foto und Tonband, abendliche Diapositiv-Projektionen auf Plätzen (Nordend, Frankfurt); handgemalte Plakate mit Großfotos (Bonn); Postkarten (Bonn; 1000 Stück kosten rund 70,- DM); Filmvorführungen an Häuserwänden (Märkisches Viertel, Berlin); Happenings wie Mundschutz für eine Denkmalfigur als Protest gegen Abgasvergiftung (Bonn); Säрге (Kölner Norden); Pappmodelle von Baggern oder Hochhäusern (Maxvorstadt München); Sternmärsche (Mietersternmarsch in München); Zelt-in (gegen die VEBA-Ansiedlung am Niederrhein); Sitzstreik vor dem Rathaus (Sylt); Trauerkränze um abbruchbedrohte Häuser (Hamburg-Harvestehude); Nachtwachen auf Bäumen (Stockholm); schmutzige Wäsche ans Rathaus (Protest gegen Luftverschmutzung in Port Tennant); Dokumentationszentren (in Amsterdam in Cafes).<sup>37</sup>

## Anmerkungen

- 1 Deutscher Fürsorgetag 1973, 10. bis 12. Oktober, Diskussionsgruppe Nr. 7; Veranstalter: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 6 Frankfurt a. M. 55, Am Stockborn 1-3.
- 2 Soziodrama: improvisierte dramatische Einübung in neue soziale Rollen; siehe dazu: Ebert, Theodor, *Gewaltfreier Aufstand*, Freiburg 1968, Seite 37.

- 3 Günter, Roland, Bürgerinitiative, herausgegeben vom Stadtentwicklungsforum Bonn und der Bürgerinitiative Südstadt Bonn.
- 4 Hirsch, Joachim, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/69, S. 150.
- 5 Grossmann, Heinz, Bürgerinitiativen, Frankfurt 1971, Fischer-Taschenbuch Nr. 1233, S. 105.
- 6 Siehe dazu: Grossmann, H., Bürgerinitiativen; der Frankfurter Westendbewohner Otto Fresenius, Dipl.-Ing. und Architekt, lag im Sommer 1968 eine Woche lang im Clinch mit den kommunalen Behörden, bis er erfuhr, daß in seiner Nachbarschaft der Bau eines 20 Stockwerke hohen Bankhauses genehmigt worden war. Fresenius' Mißtrauen wurde durch Bodenprobenbohrungen geweckt.
- 7 Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe von 1964, S. 730/31.
- 8 Günter, Roland, Bürgerinitiative.
- 9 Siehe dazu: Werk und Zeit – Forum, 21/1972, Heft 12, herausgegeben vom Deutschen Werkbund.
- 10 Braun, Gabriele, in Bürgerinitiativen, S. 54 (Fischer-Taschenbuch).
- 11 Günter, Roland, Bürgerinitiative.
- 12 a.a.O.
- 13 a.a.O.
- 14 a.a.O.
- 15 a.a.O.
- 16 Grossmann, Heinz, Bürgerinitiativen, S. 100.
- 17 Günter, Roland, Bürgerinitiative.
- 18 Haug, H.-J. und Maessen, H. in Grossmann, H., Bürgerinitiativen.
- 19 Interview mit Dr. Roland Günter.
- 20 Märkische Viertel Zeitung, November 1970, (zit. nach Grossmann, H., Bürgerinitiativen).
- 21 Günter, Roland, Bürgerinitiative.
- 22 Hartlaub, M., in Bürgerinitiativen (Fischer-Taschenbuch), S. 23.
- 23 Grossman, Wilma, in Bürgerinitiativen (Fischer-Taschenbuch), S. 40.
- 24 Hartlaub, M., in Bürgerinitiativen (Fischer-Taschenbuch), S. 15.
- 25 Günter, Roland, Bürgerinitiative.
- 26 Krüger, K.-H., und Vogt, H., Stuttgart 1973, S. 108.
- 27 Günter, Roland, a.a.O.
- 28 Seeliger, Rolf, München 1968, S. 22, Zitat Dr. G. Szczesny.
- 29 Das Argument, Nr. 50/2, S. 154.
- 30 Verkehrskonzept für den Großraum Bonn; Günter, R., Weisser, M., Menke, Rudolf; es handelt sich um eine Analyse städtischer Bonner Planungen und alternative Vorschläge des Arbeitskreises Stadtentwicklung Bonn und der Bürgerinitiative für die Verbesserung der Umweltqualität.
- 31 Günter, Roland, a.a.O.
- 32 Verkehrskonzept für den Großraum Bonn.
- 33 Günter, Roland, a.a.O.
- 34 Günter, Roland, a.a.O.
- 35 Offe, Claus, in Bürgerinitiativen (Fischer-Taschenbuch), S. 162.
- 36 Braun, Gabriele, in Bürgerinitiativen (Fischer-Taschenbuch), S. 58.
- 37 Werte und Zeit, Nr. 8/9, 1973.

## Adressen initiativer Bürger

Adressen initiativer Bürger, die sich bereit erklärt haben, Ihnen Informationen über die ersten Initiativen und über Strategie und Taktik der folgenden Auskunft zu geben.

Aber berücksichtigen Sie bei Ihren schriftlichen oder telefonischen Anfragen bitte, daß die Mitarbeiter von Bürgerinitiativen im Hauptberuf einer anderen Tätigkeit nachgehen, die Arbeit in der Initiative also in der Freizeit geschieht und meist auch noch privates Geld verschlingt. Legen Sie also auf jeden Fall Rückporto bei – und haben Sie etwas Geduld.

Im übrigen und deshalb haben wir uns auch auf diese knappe Auswahl beschränkt, werden Sie bei einigermaßen aufmerksamer Lektüre der Tageszeitungen stets auf neue Namen von Bürgerinitiativen und deren Träger stoßen. Und gewiß wird auch die Lokalredaktion Ihrer Tageszeitung Ihnen helfen können. Schließlich: fast alle Bücher, die sich mit dem Thema Bürgerinitiative beschäftigen, geben Adressen von Initiativgruppen an.

Günter Iff  
7312 Kirchheim/Teck  
Alte Plochinger Steige 119  
Tel. 0 70 21 / 35 85  
Bürgerinitiative: Rettet die Altstadt

Klaus Renken  
52 Siegburg  
Weiherstr. 17

Dr. Roland Günther  
53 Bonn  
Steinweg 33

Egon Tempel  
795 Biberach  
Weingartenbergstr. 17  
Tel. 0 73 51 / 7 19 37  
Bürgerinitiative: Bewahrt und gestaltet die Altstadt

Dr. Hermann Lehmann  
69 Heidelberg  
Hauptstr. 58  
Tel. 0 62 21 / 2 05 03  
Bürgerinitiative: Bürger für Heidelberg

Albertus Bujard  
69 Heidelberg  
Untere Buttengasse 2  
Tel. 0 62 21 / 5 93 73  
Bürgerinitiative: Bürger für Heidelberg

Egon Tempel  
652 Worms/Leiselheim  
Pfeddersheimer Str. 69  
Tel. 0 62 41 / 7 71 27  
Bürgerinitiative: Bewahrt und gestaltet das alte Rathaus

# bürger initiativ

**Sebastian Haffner**

**Willi H. Butz Klaus Dzuck Siegfried Harrach  
Fritz Hegi Hans Dieter Metzger Hans Joachim  
Noack Kurt Oeser Eduard Parow Peter Rickers**



dva

informativ



# Inhalt

Bürgerinitiativen: Sinn und Unsinn von Sebastian Haffner	7
Progressive und reaktionäre Bürgerinitiativen von Kurt Oeser	17
Abenteuerspielplatz. Eine Bürgerinitiative im Märkischen Viertel, Berlin von Hans Dieter Metzger	49
Am Beispiel Hamburg: Bürger setzen ein neues Verkehrskonzept durch von Siegfried Harrach und Peter Rickers	81
Release – eine Bürgerinitiative? von Klaus Dzuck, Fritz Hegi und Eduard Parow	101
Eine Bürgerinitiative gegen die Zerstörung des Frankfurter Westends von Hans Joachim Noack	121
Sie werden initiativ. Wie? Zur Organisation von Bürgerinitiativen von Willi H. Butz	133